

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 9

Artikel: Ein Rückblick auf die britischen Wahlen 1970
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338269>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

verlegung in sicheres Ausland in die Wege geleitet, wenn unserm Land das Schwerste zustossen sollte. Manchen Spitzen wird es nicht zuletzt um die eigene Haut gegangen sein. Um ja nichts zu verpassen, wurden Kinder schon vorab in Sicherheit geschickt. In der Schweiz zurückgeblieben wären die Fabriken und das Fussvolk, die Belegschaften, sich selber überlassen. Betrüblich!

Wie wenig erhebend und loyal die Einstellung gewisser Industrieleute ist, enthüllten sie bei der *Fremdarbeiterfrage*. Sie verschliessen sich die Augen davor, dass die Schweiz mit rund 16 Prozent Ausländern wie kein anderes Land überlastet ist. Wenn immer der Bundesrat, wie namentlich im März, mit einer strengeren Regelung eingreifen wollte, haben Kreise der Grossindustrie keine Einsicht erkennen lassen, sondern zynisch und trotzig reagiert. Mit der weiteren Wegverlegung der Produktion aus der Schweiz wurde gedroht. Man werde es das Land, seine Volkswirtschaft entgelten lassen... Man weiss jedoch, dass die Industrie es nirgends so gut hat wie hier.

Würde die Vertiefung dieser Gedankengänge die Wahrscheinlichkeit nicht verstärken, dass Magistraten ab und zu nur unter Verleugnung der Allgemeininteressen in die Privatwirtschaft übertreten könnten und dass die Verwendung ehemaliger Industrieller in Regierung und Verwaltung eventuell von ernsthaften Ritzungen moralischer Prinzipien begleitet wäre? Oder warum hat wohl der hochangesehene Altbundesrat Wahlen, wie das Schweizer Radio meldete, 27 Anfragen der Wirtschaft abgelehnt? Ein wichtiger, weitreichender Problemkreis ist aufgerissen worden. Er erfordert allergrösste Aufmerksamkeit.

Ein Rückblick auf die britischen Wahlen 1970

Dr. J. W. Brügel, London

Der den Voraussagungen aller Meinungsforschungsinstitute widersprechende Ausgang der britischen Parlamentswahlen wirft naturgemäss die Frage auf, ob die Niederlage der Labour Party durch die Festsetzung eines anderen Termins oder durch eine andere Taktik in der Wahlkampagne hätte vermieden werden können. Es ist ganz natürlich, dass sich Harold Wilson jetzt Vorwürfen ausgesetzt sieht, die Wahlen zu bald ausgeschrieben und den Wahlkampf nicht energisch genug geführt zu haben. Die Suche nach dem Sündenbock ist eine im Falle eines Versagens unvermeidliche Erscheinung, aber sie geht an den wahren Ursachen vorbei. Niemand kann die Frage beantworten, ob die Regierung Harold Wilsons, wenn sie sich im Oktober 1970 zur Wahl gestellt hätte, erfolgreicher gewesen wäre als im Juni, aber da sie im Juni nicht erfolgreich war, wird nun allgemein angenommen, dass der Wahltermin falsch gewählt worden war. Hätte Wilson, wie er es sich offenkundig

vorgestellt hatte, mit seiner ausserordentlichen Fähigkeit, den Gegner durch schlagfertige Antworten ins Lächerliche zu ziehen, die Wahlen gewonnen, hätte ihm niemand eine zu wenig ideologisch fundierte oder zu wenig Programmatisches verkündende Wahlkampagne vorgehalten.

Die Festsetzung des Wahltermins in Großbritannien innerhalb der fünfjährigen Legislaturperiode ist ein Vorrecht des Premierministers, der auf niemandes Rat hören muß und nach eigenem Gutdünken jenes Datum bestimmen kann, das ihm von seinem Standpunkt aus das günstigste scheint und daher von seinem Standpunkt aus auch das günstigste für das Land ist. Aber die Erfahrung hat gezeigt, dass dieses Privileg manchmal nur auf dem Papier steht. In dem Augenblick, in dem die Presse und die übrigen Massenmedien früh, mittags und abends die Wahrscheinlichkeit eines früheren oder späteren Wahltermins erörterten, war eine reguläre parlamentarische Arbeit einfach nicht mehr möglich, da eine nervöse Vorwahlstimmung entstand; und in dieser Situation blieb Harold Wilson – wiewohl er noch manche Gesetzesvorlagen gern unter Dach und Fach gebracht hätte –, nichts anderes übrig, als die Wahlen zu dem früheren Termin vom 18. Juni auszuschreiben. Dass die Wahlkampagne sich weitgehend den Methoden eines amerikanischen Präsidentenwahlkampfes, also einer Auseinandersetzung zwischen zwei Gegnern um die Führung, anpasste, war wieder nicht die Folge irgendeines Verzichtes auf ideologische Auseinandersetzungen, sondern die logische Konsequenz dessen, dass sich der Grossteil der Auseinandersetzungen vor den Fernsehschirmen und nicht in den Versammlungslokalen abspielte. Von den 1800 Kandidaten, die sich in den 630 Wahlkreisen um ein Mandat bewarben, war kaum die Rede, und es drehte sich alles um die zwischen *Heath* und *Wilson* bei den täglichen Pressekonferenzen und bei den Versammlungen ausgetauschten Argumente, die bis ins letzte Detail in Millionen Haushalte getragen wurden, während viel Wichtiges, das von den verschiedenen Seiten gesagt wurde, unbeachtet blieb. Es ist richtig, dass die Labour Party zum ersten Mal nicht mit einem genau umrissenen Programm vor die Wählerschaft trat, das im Falle eines Sieges das verbindliche Programm der nächsten Arbeiterregierung gewesen wäre. Ob sich aber an dem Endergebnis viel geändert hätte, wenn man sich an die alte Methode der genauen Aufzählung der geplanten Reformen gehalten hätte, kann niemand sagen. Ganz unbegründet ist der Vorwurf, dass Harold Wilson den sozialistischen Charakter seiner Partei und seiner Zielsetzungen irgendwie verleugnet oder nicht genügend unterstrichen hätte. Er hat wiederholt erklärt, dass er stolz darauf ist, der führende Repräsentant einer sozialistischen Partei zu sein, und er hat die spezifisch sozialistischen Zielsetzungen dieser Partei immer wieder dargelegt.

Vor- und Nachteile des Zweiparteiensystems

Ungeachtet des für die Sozialisten unerfreulichen Ausganges war der Wahlkampf in Grossbritannien auch ausserhalb der britischen Inseln ein Anschau-

ungsunterricht dafür, welche Vor- und Nachteile ein Zweiparteiensystem in der politischen Demokratie hat. Es hat der Labour-Bewegung den Triumph gebracht, dass – mit einer noch zu besprechenden Ausnahme – *ihre* Ideologie die dominierende war und ist und dass die Auseinandersetzung überhaupt nur um ihre Ideologie ging. Keine konservative Partei, die um die Macht kämpft, kann es sich heute erlauben, mit den typischen kapitalistischen und anti-sozialistischen Argumenten von vorgestern ins Feld zu ziehen. Es ist mehr als bezeichnend, dass der Frage der *Nationalisierung* in dem konservativen Wahlauftritt nur die wenigen Worte «Wir werden weiteren Nationalisierungen Einhalt gebieten» gewidmet waren, die völlig unverbindlich klangen und jeder prinzipiellen Auseinandersetzung auswichen. Die Regierung Wilson hat 1966 die *Stahlerzeugung* aus den privaten Händen in die des Staates überführt. Als ihre Labour-Vorgängerin, die Regierung Attlee, im Jahr 1950 das Gleiche getan hatte, gingen die Konservativen noch mit dem Schlagwort in den Kampf, dass sie das rückgängig machen würden, und sie haben es 1953 auch getan. Nach der neuerlichen Nationalisierung der Stahlerzeugung ist es den Konservativen nicht einmal eingefallen, ein Versprechen der Rückgängigmachung abzugeben, und sie werden nichts dergleichen tun, wenn sie auch die von der Labourregierung vorbereitete Verstaatlichung der Hafenverwaltungen nicht zur Durchführung bringen werden.

Es ging also nicht darum, wer die bessere Doktrin hat, sondern wer das, was von beiden Seiten als gegeben angenommen wird, nämlich der *britische Wohlfahrtsstaat*, besser zu verwalten und besser zu erweitern versteht. Es mag Heuchelei sein, wenn in den konservativen Wahlauftritten und Kundgebungen der Schrei nach mehr modernen Volkswohnungen, nach einer besseren Altersfürsorge, nach dem Kampf gegen Preissteigerungen, nach mehr Fürsorge für Kranke und sozial Schwache, ausgestossen wurde. Es ist zweifellos nicht die Stimme des wahren, unverfälschten Konservatismus; der kann sich eben nur noch in nicht offiziellen Kundgebungen einzelner Kandidaten austoben und nicht mehr in die Partei verpflichtenden Äusserungen der Führung. Mit typisch bürgerlich-kapitalistischen Parolen kann eine Partei heute nicht mehr in den Wahlkampf treten. Die Wählerschaft soll die Konservative Partei – ob das nun sachlich stimmt oder nicht – für den besseren und tüchtigeren Verwirklicher der Forderungen halten, die typisch sozialistisches Gedankengut sind. Die Tatsache, dass die Gegenspieler den Sozialisten die Argumente gestohlen haben, hat sich im letzten Wahlkampf verhängnisvoll für Labour ausgewirkt, aber im grossen und ganzen muss man doch stolz darauf sein, dass das *Programm der Sozialisten, ihre Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit, die einzige Plattform* geworden ist, von der aus man heute mit Aussicht auf Erfolg auf die Wählerschaft einwirken zu können glaubt. Hier zeigt sich einmal deutlich, wie die politische Demokratie die Sache des sozialen Fortschrittes begünstigt.

Labour zahlt die Zeche für die steigenden Preise

Besucher Grossbritanniens, die vom Kontinent in das Land kommen, staunen alle über die niedrigen Lebensmittelpreise und werden es als kaum zu erklärenden Widerspruch empfinden, dass die Labourregierung ihre parlamentarische Mehrheit vor allem deswegen verloren hat, weil die Konservativen sie für die unvermeidlichen Preissteigerungen der letzten Jahre verantwortlich gemacht haben. Das Gleiche hat sich 1950 und 51 vollzogen, als die Konservativen unpolitisch auftretende Hausfrauenvereinigungen schufen, die eine wütende Agitation gegen die Regierung Attlee wegen der angeblich horrenden Erhöhung der Lebensmittelpreise organisierten. Sie waren damals erfolgreich und haben die Konservativen an die Macht gebracht, wiewohl zu dieser Zeit das Preisniveau in Grossbritannien weit unter dem aller anderen vergleichbaren europäischen Staaten lag. Aber der Wähler entscheidet sich erfahrungsgemäss nicht auf Grund des Arguments, dass Fleisch in Frankreich das Doppelte und Butter in Deutschland das Dreifache kostet, sondern er reagiert auf die geringsten Preissteigerungen im eigenen Lande damit, dass er sich gegen jene empört, die ihm erreichbar sind, und das ist die eigene Regierung, mag sie an den Preissteigerungen auch völlig unschuldig sein und darauf hinweisen können, dass diese in allen anderen Ländern viel kräftiger sind. Auch im Jahre 1970 haben die Konservativen, die ja nicht gerade die traditionelle Partei der über steigende Preise klagenden Hausfrauen sind, mit diesem Argument sehr viel zu ihrem Erfolg beigetragen.

Aber an sich bestätigt der britische Wahlausgang ja doch nur, das ungeschriebene, wenn auch nicht immer eingehaltene Gesetz der Demokratie in einem System von zwei Parteien, dass das Pendel, das die eine Partei an die Macht gebracht hat, nach 6 Jahren gegen diese Partei ausschlägt und den Gegenspielern den Weg zur Macht eröffnet. Hätte Harold Wilson die Wahlen vor einem Jahr ausgeschrieben, wären sie für Labour nach den höchst unpopulären Massnahmen, zu denen sich die Regierung gezwungen sah und die gerade den Unwillen der traditionellen Labour-Wähler hervorriefen, vernichtend ausgefallen, und die Arbeiterpartei hätte, statt wie vorher 350 Abgeordnete im Unterhaus, kaum mehr als 100 halten können. Der erstaunliche Erholungsprozess Labours in den ersten Monaten des Jahres 1970 hat die Illusion gefördert, dass Harold Wilson nun zum dritten Mal die Wahlen gewinnen könnte. Die politischen Leistungen und der ausserordentlich persönliche Beitrag Wilsons, den die «Times», die ihn nicht liebt, aber bewundert, den vielleicht besten Parteiführer genannt hat, der dem Land in diesem Jahrhundert beschieden war, haben den unvermeidlichen Verlust der Macht in Grenzen gehalten und bewirkt, dass sich Labour an sich gut geschlagen hat. Freilich ist das Übel, an dem die Labour Party in den letzten Jahren krankte, nämlich das Wegbleiben traditioneller Labour-Wähler von den Urnen, nicht ganz behoben worden. Es hat bei weitem nicht einen so grossen Umfang gehabt wie bei den Nachwahlen der Jahre 1966–68, aber die durchschnitt-

liche Wahlbeteiligung in Grossbritannien ist diesmal doch von 75,8 Prozent auf 72 Prozent gesunken, worin sich doch noch die Unlust vieler traditioneller Labour-Wähler ausdrückt, ihrer Partei die Stimme zu geben. (Vielleicht hat auch die Tatsache mitgespielt, dass viele Wähler auf Urlaub waren.)

Die Rassenfrage

Nur in einem, allerdings sehr wichtigen Punkt hat sich Labour von den Konservativen grundlegend unterschieden, wenn auch nicht von der offiziellen konservativen Führung. In den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre sind hunderttausend *Farbige* aus Mittelamerika, Afrika und Asien nach Grossbritannien gekommen, wo sie sich als geradezu unentbehrlich für die Wirtschaft des Landes, für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs und des Krankenhausbetriebes, aber auch zum Beispiel für den Postbetrieb, erwiesen. Dass der Zustrom von insgesamt etwa einer Million Menschen mit anderen Sitten und Gebräuchen in eine dicht bevölkerte Insel bei aller Toleranz nicht ohne Reibungen abgehen kann, ist natürlich. Aber der konservative Abgeordnete *Enoch Powell* hat sich seit 1968 darauf verlegt, durch ungezügelte Hetzreden eine Stimmung gegen die farbigen Einwanderer zu erzeugen oder, wo sie schon bestand, zu verstärken, und den ebenso unsinnigen wie undurchführbaren Vorschlag zu propagieren, diese Menschen in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Powell ist kein Demagoge vom Typ eines Hitler oder Mussolini, er ist ein hochgebildeter Mann, der 10 Sprachen spricht und eine sehr geschliffene Ausdrucksweise hat, aber der sozialistische Politiker *Anthony Wedgwood-Benn* hat die Dinge doch beim richtigen Namen genannt, als er in einer Wählerversammlung davon sprach, dass ihn die Argumente Powells an die Untaten der Hitlerzeit gegen die Juden erinnern. Die Annahme liegt nahe, dass es sich bei den Aktionen Powells mehr um einen Versuch handelt, Heath die Führung der Konservativen Partei zu entreissen und sich durch den Appell an niedrige Instinkte an seine Stelle zu setzen. Heath hat jedenfalls auf die erste negerfeindliche Kundgebung Powells damit reagiert, dass er ihn aus dem Schattenkabinett entfernte, und er hat bei der Regierungsbildung jetzt sein Versprechen eingehalten, Powell nicht in seine Regierungsmannschaft aufzunehmen. Aber um Powell das Wasser abzugraben, hat die Konservative Partei in ihren Grundsätzen zur Rassenpolitik doch wichtige Konzessionen an den Rassismus gemacht und sich für eine radikale Unterbindung jeder weiteren Einwanderung nach Grossbritannien ausgesprochen.

Die Wirkung von Powells wilden Argumenten und unbeweisbaren Verdächtigungen, von einem ungenannten Feind in den britischen Staatsdienst eingeschmuggelte Agenten hätten die Einwanderungsstatistiken gefälscht, waren nicht einheitlich. 17 Labour-Mandate mehr hätten verlorengehen müssen, wenn der Pendelschlag zugunsten der Konservativen sich überall gleichmässig ausgewirkt hätte. Die Vermutung liegt nahe, dass in einer Reihe dieser Fälle die Niederlage des Labour-Kandidaten dadurch verhindert wor-

den ist, dass farbige Einwanderer, die sich sonst nicht an den Wahlen beteiligt hätten, als Reaktion auf Powells Reden für den Labour-Kandidaten gestimmt haben. Dem steht aber die viel traurigere Tatsache gegenüber, dass besonders in den industriellen Midlands, also in der Gegend von Birmingham, tausende weisser Arbeiter, die früher Labour gestimmt hatten, sich von den Schlagworten Powells verleiten liessen, aus Unmut über einen Neger, der vielleicht eine Wohnung bekommen hatte, für den konservativen Kandidaten zu stimmen. Die Parallele mit dem Verhalten gewisser Arbeiterschichten in der Schweiz gegenüber der Schwarzenbach-Initiative liegt auf der Hand.

Der Wechsel in 10, Downing Street

Zu den Charakteristiken einer gefestigten Demokratie gehört der reibungslose Verlauf eines Machtwechsels von der einen zur anderen Partei. In den Vereinigten Staaten vollzieht sich das in den urbansten Formen, aber es ist ein Prozess, der zwei Monate in Anspruch nimmt. In Grossbritannien geht das über Nacht im vollen Licht der Öffentlichkeit vor sich. So hat Attlee 1945 von Churchill die Macht übernommen und Churchill von Attlee 1951. Nicht eine Minute lang hat es ein Schwanken oder eine Unsicherheit gegeben. Aber zwischen dem Antritt Wilsons im Jahre 1964 und seinem Abgehen 1970 war doch ein nicht unwesentlicher Unterschied. Als in der Wahlnacht vom 15. auf den 16. Oktober 1964 immer klarer wurde, dass Labour gesiegt hatte, hüllte sich der konservative Premierminister *Douglas-Home* in Schweigen und war für niemanden zu sprechen, auch verweigerte er jedes Interview. Er öffnete seinen Mund erst, nachdem er der Königin seinen Rücktritt gemeldet hatte und sich frei von jeder Regierungsverantwortung wusste. Harold Wilson war am 16. Oktober in das Regierungsgebäude in 10, Downing Street eingezogen, das Douglas-Home gleichzeitig durch die Hintertür verliess. Um 6 Uhr abends wurde gemeldet, «der Premierminister, der sehr ehrenwerte Harold Wilson, Mitglied des Unterhauses, spricht heute abend um 8 Uhr zur Nation von Nr. 10, Downing Street». Das war die Ankündigung, auf die Millionen Menschen durch Jahre mit Sehnsucht gewartet hatten, und Wilson hielt am gleichen Abend in dem Gebäude, in dem sein Vorgänger noch wenige Stunden vorher amtiert hatte, seine erste programmatische Rede als Premierminister.

Diesmal ging es ganz anders zu. Um 2 Uhr früh in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni, als eine Niederlage Labours unvermeidlich schien, stellte sich Wilson in seinem Wahlkreis in der Nähe von Liverpool ohne weiteres noch als amtierender Premierminister den Fernseh-Journalisten. Er lehnte es ab, sich als geschlagen zu erklären, «das sei noch vorzeitig, man müsse noch auf die restlichen Ergebnisse warten». Aber er gab öffentlich seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass George Brown sein Mandat verloren hatte, und seine Ausführungen unterschieden sich wesentlich von der Siegeszuversicht, die er bis zum letzten Augenblick zur Schau getragen hatte. Am 19. früh, nach

London in seinen Amtssitz zurückgekehrt, liess er sich neuerlich interviewen. Auf die Frage, ob er sich geschlagen gebe, sagte er, die Zahlen würden eine deutliche Sprache sprechen, er warte so lange, bis die Konservativen eine parlamentarische Mehrheit erreicht hätten, und würde dann seine Demission einreichen. Für *Edward Heath* hatte er diesmal ausnahmsweise einige anerkennende Worte. Um 2 Uhr nachmittag hatten die Konservativen die parlamentarische Mehrheit, und Wilson gab bekannt, dass er die Königin um eine Audienz zur Überreichung der Demission ersucht habe. Gleichzeitig konnten die Menschen, die das Fernsehprogramm verfolgten, bereits die Möbelwagen vor Nr. 10, Downing Street und vor Nr. 11 (dem Amtssitz des Schatzkanzlers) sehen, die den Auszug des Premierministers und des Schatzkanzlers Roy Jenkins aus den Amtswohnungen bewerkstelligten. Heath, der um 7 Uhr 30 abends als neu ernannter Premierminister in 10, Downing Street einzog, hat nur von den Stufen des Hauses einige Sätze mit den üblichen trivialen Versprechungen von der anzustrebenden Einheit der Nation gesprochen. Auch im Abtreten hat die Labour Party dem Land eine Lektion in demokratischem Vorgehen erteilt.

Die jungen Wähler

Durch die Zuerkennung des Wahlrechtes an die 18–21jährigen ist die Zahl der Wahlberechtigten in Grossbritannien auf $39\frac{1}{2}$ Millionen emporgeschneit, aber nur etwas über 30 Millionen haben sich an den Wahlen beteiligt. Von den etwa drei Millionen jugendlichen Neuwählern hat es allerdings eine Million versäumt, ihr Wahlrecht rechtzeitig zu reklamieren. Wie der Rest gestimmt hat, ob die jungen Wähler mehr der Labour Party oder den Konservativen zustreben, lässt sich auf Grund der bis jetzt vorliegenden Behelfe nicht sagen. Eigene Beobachtungen in einem Londoner Wahlkreis sprechen dafür, dass jugendliche Wähler sich in grösserer Zahl für den Labour Kandidaten entschieden haben, aber das muss keine allgemeine Erscheinung sein. Dass das britische Wahlrecht seine Tücken hat, und dass zum Beispiel die Liberalen, die 7,4 Prozent der Stimmen, aber nur 0,95 Prozent der Mandate bekommen haben, ungerecht abgeschnitten haben, ist bekannt, aber es besteht kaum eine Möglichkeit, es zu ändern, da die beiden Parteien, die allein für die Regierungsbildung in Betracht kommen, davon nichts wissen wollen und die ihnen entstehenden Nachteile wohl in Kauf nehmen in der Annahme, dass sie sich bei der nächsten Wahl die Vorteile des Wahlrechts werden zugute machen können. Der verstorbene sozialistische Theoretiker *Harold Laski* hat immer den Standpunkt vertreten, das Parlament sei nicht dazu da, einen genauen Spiegel der im Volk vertretenen Meinungen abzugeben, sondern die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit zu erleichtern. Bei diesem Wahlrecht kommt es nicht so sehr auf die Stimmenzahl als auf die Mandate an. 1951 hat die Labour Party die Mehrheit verloren, aber zugleich die höchste Stimmenzahl, nämlich fast 14 Millionen, erreicht, die sie

je zu erzielen imstande war. Die Konservativen hatten damals um 200 000 Stimmen weniger aber mehr Mandate, und konnten die Regierung bilden. Doch die Wählerzahl zeigt doch eine gewisse Stagnation der Labour-Bewegung, die ihr einmal gefährlich werden könnte. Labour hatte zur Zeit des grossen Sieges von 1945, der Attlee mit einer grossen Mehrheit zur Macht brachte (393 Sozialisten gegen 213 Konservative), eine Stimmenzahl von nicht ganz 12 Millionen erreicht oder fast 50 Prozent der Stimmen. Zur Zeit von Wilsons zweitem Wahlsieg im Jahre 1966 waren es 13 Millionen oder 47,9 Prozent der Stimmen, 1970 waren es aber nur 12 150 000 Stimmen (43 Prozent der Gesamtstimmen), also nicht viel mehr als 1945, obwohl sich die Bevölkerungszahl seither wesentlich erhöht hatte und drei geburtenstarke Jahrgänge neu das Wahlrecht erhalten haben.

Die weltpolitischen Auswirkungen des Wahlergebnisses

Die abgetretene Regierung Wilson hatte das Land aus der wirtschaftlichen Misere gezogen, in die es durch 13 Jahre konservativer Regierung geraten war. Sie hat Grosses in der Richtung des Ausbaus des britischen Wohlfahrtsstaates geleistet, wenn auch ihr Werk unvollendet bleibt. Es hat sich wieder die alte Erkenntnis bewährt, dass die Menschen nach den Sozialisten rufen, wenn es ihnen schlecht geht und wenn Ordnung gemacht werden muss, dass sie die Sozialisten aber glauben entbehren zu können, wenn die Grundlagen der Wirtschaft des Landes wieder in Ordnung gebracht scheinen und die dringendsten sozialpolitischen Forderungen erfüllt sind. Angesichts der notorischen Unfähigkeit konservativer Regierungen, die Schwierigkeiten zu meistern, vor denen das Land steht, und der leicht voraussehbaren Brillanz einer von Harold Wilson geführten parlamentarischen Opposition bestehen aber jetzt schon gute Aussichten für die Labour Party bei den nächsten Wahlen, die freilich einige Jahre auf sich warten lassen dürften.

Die innerpolitischen Schäden, die eine konservative Regierung angerichtet hat, werden sich à la longue wohl ausmerzen lassen; ärger ist es freilich mit den Schäden, die die Existenz einer auf die Unterstützung von Powell und seinen Anhängern angewiesenen konservativen Regierung in London in der «Dritten Welt» anrichten muss. Die Labourregierung hat im Einklang mit Beschlüssen der Vereinten Nationen die Waffenlieferungen an das *südafrikanische* rassistische Regime eingestellt – die Regierung Heath hat sie sofort wieder aufgenommen. Sie wird alles daran setzen, um mit dem rassistischen Regime von Ian Smith in *Rhodesien* zu einer Einigung zu gelangen, und sie wird mit dieser Politik alle die gigantischen Bemühungen des Westens aufs Spiel setzen, die «Dritte Welt» gegen kommunistische Einflüsse abzuschirmen.

Dazu kommt noch das Problem *Nordirland*. Nach 50 Jahren konservativen Regierens in Nordirland, das die katholische Minderheit des Landes in einer Weise diskriminiert hat, die allen Gerechtigkeitsbegriffen ins Gesicht schlägt, hat die Regierung Wilson als erste versucht, auf Gerechtigkeit für

alle Bewohner Nordirlands zu drängen. (Das hat sich auch in dem verhältnismässig guten Abschneiden der Labour Party bei den Wahlen in der Gegend von Liverpool ausgewirkt, wo die zahlreichen dort lebenden Iren alle sozialistisch gestimmt haben.) Alles spricht dafür, dass die Regierung Heath, auch wenn ihr Innenminister Maudling an sich liberale Ansichten vertritt, der Angst vor den protestantischen Extremisten à la Paisley mehr Rechnung tragen wird als den Forderungen einer allseitigen Gerechtigkeit.

Es ist das keine sehr erfreuliche Zukunftsperspektive für die ganze Welt, die durch das Votum von einigen hunderttausend Menschen heraufbeschworen wurde...

Dr. Monica Blöcker

Der ewige Rebell

Ernst Fischer, Mitte Oktober 1969 aus der Kommunistischen Partei Österreichs ausgeschlossen, legt seine «Erinnerungen und Reflexionen» (Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1969. DM 28.–) vor. Ein in vielen Farben schillerndes Buch, verführerisch und gleichzeitig zum Nachdenken anregend, denn der Autor versteht es, durch die Schilderung subjektiven Erlebens den Geist einer Epoche heraufzubeschwören. Vergegenwärtigt wird die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, eine Zeit des Umbruchs, der materiellen und geistigen Unsicherheit, des revolutionären Fiebers, mit all ihren Möglichkeiten, den erhofften, den verschütteten und den schrecklichen, die sich verwirklichten. Fischer gelang es, die Atmosphäre einzufangen, was für eine Periode, in der sich die handelnden Personen in ungewöhnlichem Ausmasse von Emotionen leiten liessen, besonders wertvoll ist. Im Werdegang des Chronisten, subjektiv verzerrt zwar, spiegelt sich das Schicksal seines Landes, Österreichs, das wegen seiner labilen politischen Verfassung wie ein Seismograph auf gesellschaftliche Erschütterungen reagierte. Altehrwürdige Formen brachen damals auseinander; die Bruchstücke gewannen ein eigenes gespenstiges Leben.

Für Ernst Fischer gab es kein Zögern. Die Rolle, die ihm entsprach, erfasste er schnell und spielte er mit leidenschaftlichem Eifer. Er war Ritter und Rebell. Instinktiv stellte sich schon der Knabe auf die Seite der Schwächeren, denn zu ihnen gehörte die geliebte Mutter. Sie suchte Schutz bei ihrem ältesten Sohn vor dem verständnislosen, auf seine Rechte pochenden Gatten. Furchtlos trat Ernst dem autoritären Vater entgegen und erlebte, wie leicht ein sich nur auf Konventionen stützender Patriarch zu besiegen war. Die Drohung mit einer Pistole genügte. Das Vermächtnis der Mutter war, dass, wer sich selbst nicht verlieren wollte, der Vaterwelt «mit ihren Gesetzbüchern, Kasernen, Gefängnissen, Befugnissen, Instanzen und Traditionen» den Gehorsam kündigen musste. Bestärkt in seiner Widerspenstigkeit wurde der